

Wieder nichts

Enttäuschung greift um sich, nachdem der Bundesrat am 7. Oktober die Verabschiedung der Rechtsverordnung über die Änderung der Zulassungsordnung für Kassenärzte (Verlängerung der berufspraktischen Vorbereitungszeit) erneut vertagt hat. Diese Vertagung ist völlig unverständlich, da dem Bundesrat schließlich ein einstimmiges positives Votum seines Rechtsausschusses vorlag, der sich ebenso sachverständig wie gründlich mit der Materie und den verschiedensten Stellungnahmen befaßt hatte. Und die Enttäuschung ist um so größer, da die „Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen“, der auch Vertreter aller Bundesländer angehören, bereits vor zwei Jahren eine Vorbereitungszeit von 24 Monaten vor der Kassenzulassung empfohlen hatte und nun wieder nicht wenigstens der vom Bundesarbeitsmini-

sterium vertretene Kompromiß von 18 Monaten realisiert wurde.

Der Bundesrat ist – so besagen erste Informationen – mit seiner Vertagung Einsprüche der Privaten Krankenversicherung und des Marburger Bundes gefolgt, in deren Stellungnahmen erneut – von Sachverständigen längst ausgeräumte – verfassungsrechtliche Bedenken und Kapazitätsbesorgnisse geltend gemacht worden sind.

Die Interessen der Kassenpatienten, denen mit vielfältigen Aktivitäten der Kassenärzteschaft auch in Zukunft eine dem gesetzlichen Sicherstellungsauftrag entsprechende Qualität ambulanter Versorgung garantiert werden sollte (s. auch Heft 41, Interview mit Dr. Muschallik) blieben bisher jedenfalls auf der Strecke. DÄ

Multi-Holler

Der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (vom 6. Oktober 1983) ist zu entnehmen, daß Ministerialdirektor Albert Holler, Leiter der Abteilung Krankenversicherung, aus dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung ausscheiden will. Er solle Hauptgeschäftsführer der Medizinisch-Pharmazeutischen Studiengesellschaft e. V. in Mainz werden.

Holler würde damit den bisherigen Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. med. Kleinsorge ablösen, der seinerseits Nachfolger von Prof. Dr. med. Vogel war. Die Medizinisch-Pharmazeutische Studiengesellschaft e. V. wird von sieben großen Pharma-Unternehmen

– Bayer, Boehringer-Ingelheim, Hoechst, Boehringer-Mannheim, Knoll (BASF), Schering und Merck – getragen. Sie hat die Aufgabe, die Interessen der forschenden Unternehmen zu vertreten.

Wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zu berichten weiß, habe Holler seinen Wunsch, sein Amt im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung aufzugeben, damit begründet, daß er keine Chance sehe, seine Politik in den Koalitionsfraktionen zu vertreten. Offenbar sieht er nun eine Chance, seine Politik in einer Interessengemeinschaft der Pharma-Multis zu vertreten. Oder? DÄ

Die Information:
Bericht und Meinung

Krankenhausfinanzierung:

Auf der Suche nach dem Stein der Weisen 17
Dr. rer. pol. Harald Clade

Nachrichten

Heiner Geissler, Karsten Vilmar, Marita Blüm:
Erneuter Appell zur freiwilligen Organspende 19

Gutachten: Datenträger-austausch nur begrenzt zulässig 20

Medizinstudium: Künftig fünf Zulassungsvarianten – BÄK sagt Kongreßteilnahme in Moskau ab – Rentenversicherungsträger lehnen angemessene Gutachtenhonorierung ab: Vertragsloser Zustand 22

Argumente gegen gebietliche Isolierung der Geriatrie 23

Der Kommentar

Schweinehirn begünstigt 24
Prof. Dr. med. Irmgard Oepen

Rezept 24

Zur Fortbildung
Aktuelle Medizin

Übersichtsaufsätze

Alternative bei bedrohlichen Vorhoffrhythmusstörungen: Unterbrechung des His-Bündels mit Kathetertechnik 27
Prof. Dr. med. Berndt Lüderitz

Die Behandlung des urämischen Diabetikers 41
Prof. Dr. med. Hans-Eduard Franz

Adjuvante Chemotherapie beim Mammakarzinom 51
Dr. med. Hans-Erik Wander et al.

Krankheit und Kraftverkehr 64
Prof. Dr. med. Bernd Friedel et al.

Editorial

Der plötzliche, unerwartete Tod 34
Prof. Dr. med. Rudolf Gross

Berichtsbogen: Unerwünschte Arzneimittelwirkungen 38

Fortsetzung auf Seite 3 ►